

Risiken einer Fusion: DBV lehnt ein Zusammengehen von UniCredit und Commerzbank ab – Warum?

Düsseldorf, 21.10.2024



Marcus Bourauel
Mitglied DBV-Vorstand

Wir sind seit 1894 eine Branchengewerkschaft für die Beschäftigten der Volks- und Raiffeisenbanken, der Privaten und Öffentlichen Banken und der Privaten Versicherungsunternehmen. Unseren rund 20.000 Mitgliedern bieten wir arbeits- und sozialrechtliche Beratung und Rechtsschutz und schließen Tarifverträge mit den vier zuständigen Arbeitgeberverbänden.

Wieder steht eine mögliche Fusion vor der Tür - mit umfangreichen Folgen.

Die Fusion zweier Unternehmen bzw. Banken ist primär eine kaufmännische Entscheidung auf Basis des besseren Konzepts. Dies geschieht regelmäßig, um Synergien zu heben oder Renditen zu steigern. **Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Fusion von UniCredit und Commerzbank liegen aktuell nicht vor.**

Eine grenzüberschreitende Übernahme der Commerzbank durch die Unicredit ist auf absehbare Zeit **unter Risiko-Aspekten schwer zu vertreten und könnte fatale Folgen für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Deutschland und Europas mit sich bringen.** Die Zeit für eine derartige Bankenfusion ist noch nicht reif:

1. Die **Commerzbank knüpft nach Umsetzung der Strategie 2024 an ihrem Erfolg an** und will diese Weg fortgehen. **Aktuell liegt keine Strategie der Unicredit vor.** Eine wichtige Entscheidungsbasis, aus der ein Mehrwert hervorgehen könnte, fehlt.
2. 70 – 90 % aller Fusionen scheitern im Ansatz oder sind nicht langlebig.
3. Italien gehört zu den global am höchsten verschuldeten Staaten. Die **Bonität der UniCredit hängt über rd. EUR 40 Mrd. Staatsanleihen** in problematischer Form **an der stetig steigenden Staatsverschuldung Italiens** von aktuell 159 %. Solange die Haushaltspolitiken der Nationalstaaten uneinheitlich gewachsenen Traditionen folgen, ist das **Konstrukt der EU-Bankenunion unfertig.** Es fehlt eine wesentliche gemeinsame Basis in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa.
4. Durch die Übernahme der Commerzbank durch die UniCredit würde ein **Bankenkonzern-Riese mit einer Bilanzsumme von über EUR 1 Billion** entstehen. Eine **mögliche Abwicklung des Instituts** ließe sich **nicht allein mit der Beteiligung des Finanzsektors** stemmen. **Gefragt wären somit wieder mal auch die Steuerzahler.** Es war das zentrale Versprechen der EU-Bankenunion, dass die Steuerzahler nicht noch einmal für eine Großbank einspringen müssen, weil diese „too big to fail“ wäre, falls also ihr Zusammenbruch die Finanzstabilität in Gefahr brächte (s. auch Martin Hellwig FAZ vom 15.10.2024).
5. Durch den Zusammenschluss unter dem Dach der UniCredit wächst außerdem die **Möglichkeit einer Wettbewerbsverzerrung in Deutschland**, da der **Mittelstand unter immer weniger Großbanken auswählen kann.** Es ist davon auszugehen, dass gerade Mittelständler Teile ihres Geschäfts und ihrer Einlagen zu anderen Instituten verlagern würden, und so dem fusionierten Unternehmen **Erlöse und Liquidität abfließen dürften.**
6. Weiterhin würde die **Umsetzung einer Fusion einige Jahre dauern**; Umstrukturierungskosten und im Anschluss **über Jahre verteilt massenhaft verlorene Arbeitsplätze** wären die Folgen. Dies sind **Zeit, Arbeitsleistung und Geld**, welche **für die eigentliche Gestaltung der Zukunftsfähigkeit** der Commerzbank und auch der UniCredit eigentlich gebraucht werden – **Im Fall einer Fusion dann jedoch fehlen.**

Darum sind wir gegen eine Übernahme der Commerzbank durch die UniCredit.

Weitere Maßnahmen machen wir von der beschriebenen Entwicklung abhängig.

Marcus Bourauel – Mitglied des DBV-Vorstands